



REX FEATURES / ACTION PRESS

Hochseefischerei: „Was da draußen passiert, ist bedrückend“

UMWELT

## Leere Meere

Die Fischbestände kollabieren, Lebensräume verschwinden – die Meerespolitik in Berlin und Brüssel ist ein Fiasko. Kann Kanzlerin Merkels neue Schutzstrategie den Raubbau stoppen?

Eigentlich“, sagt Henning von Nordheim, „habe ich einen der schönsten Arbeitsplätze der Welt.“ Auf der kleinen Insel Vilm, ziemlich genau 200 Kilometer nördlich von Berlin, ist der Meeresbiologe von knorrigen Buchenwäldern und weißen Stränden umgeben – und natürlich vom Meer.

Es ist ein wundervoller Ausblick hinaus auf die See. Aber für Nordheim ist er immer mit einem Schmerz verbunden.

Der Wissenschaftler steht im Dienst des Bundesamts für Naturschutz, das auf Vilm neben einer Akademie seine Expertentruppe zum Kampf fürs Meeresleben stationiert hat. Für die Bundesregierung sorgt sich Nordheim mit seinem Team um den biologischen Reichtum der See, weit über die deutschen Hoheitsgewässer hinaus. Als internationaler Koordinator kümmert er sich um ein Meeresgebiet, das von Russland bis nach Grönland reicht und von den Azoren bis zum Nordpol.

„Was da draußen passiert, ist bedrückend“, sagt er, „kein normal wirtschaftender Landwirt und kein Industriebetrieb

könnte es sich leisten, seine eigenen Grundlagen so zu zerstören.“

Am kommenden Mittwoch befasst sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit der katastrophalen Ausbeutung der Meere. Im Kabinett will sie eine 68 Seiten starke „Nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere“ beschließen. Das Papier wurde im Bundesumweltministerium erarbeitet und mit allen Ressorts abgestimmt. Von einer „erstmaligen Gesamtschau“ ist die Rede.

Bisher hat jedes Ministerium vor den Küsten getan, was es glaubte tun zu müssen: Das Wirtschaftsministerium hat sich um wenig begrenzten Zugang für Firmen zu unterseeischem Kies und Öl bemüht, das Verkehrsministerium um freie Fahrt für Schiffe, das Agrarministerium hat sich kaum gegen zu hohe Fangquoten gestemmt. Für das Umweltministerium blieb der Rest.

In dem Strategiedokument lässt Merkel nun eine andere, grünere Richtung einschlagen: Die Meeresökosysteme seien durch „massive Überfischung, klassische Meeresverschmutzung“ sowie „kontinuierlich zunehmenden Schiffsverkehr ge-

fährdet“, heißt es gleich im vierten Satz der Kabinettsvorlage. Das Meer drohe seine Funktion als Nahrungsquelle, Klimaanlage und Apotheke der Menschheit zu verlieren. An diesen Bedrohungen will die Kanzlerin ihre Politik ausrichten.

Es wäre allerhöchste Zeit. Die Fischfangquoten, die sich die EU-Staaten setzen, liegen seit Jahren deutlich über dem, was Wissenschaftler noch für vertretbar erklärten. „Die wichtigsten Bestände sind drastisch überfischt“, sagt Nordheim. Für jedes Kilogramm Seezunge oder Scholle an der Fischtheke würden beim Fang mehrere Kilogramm anderer Lebewesen getötet. Hinzu kommt illegaler Fischfang.

In vielen Gebieten der Nordsee wird mit Grundschleppnetzen der Meeresboden mehrfach im Jahr umgepflügt. Das sei, sagen Umweltorganisationen, als würde man einen Wald ummähen, um die Tiere zu erbeuten. Die See rund um Europa verarmt (siehe Grafik).

Doch nicht nur die Fischerei setzt dem Meeresleben zu: „Kiesabbau, Bohrungen nach Gas und Öl, Unterwasserlärm, all das gibt es bei uns sogar in den wichtigsten Schutzgebieten“, sagt der Wissenschaftler.

„Derzeit ermutigt die EU-Fischereipolitik weder die Fischer noch die Industrie zu verantwortungsvollem Verhalten“, warnte EU-Fischereikommissar Joe Borg erst vor wenigen Tagen. Von „ökologischem und ökonomischem Scheitern“ in der Fischereipolitik spricht der Europäische Rechnungshof.

Nimmt Merkel die Warnungen ihrer eigenen Regierungsstrategie nun ernst? Dann müsste sie gleich am Mittwoch mehreren ihrer Minister Beine machen. Frank-

Walter Steinmeier (SPD) zum Beispiel: Bei der Uno-Vollversammlung in New York bietet sich die Chance, großflächigen Meeresschutzgebieten in internationalen Gewässern den Weg zu bereiten, wie sie im Strategiepapier gefordert werden.

Bisher ist die hohe See, die einen Großteil der Erdoberfläche bedeckt, beinahe vollständig zur Plünderung freigegeben. So etwas wie internationale Schutzparks einzurichten, wäre ein großer Fortschritt. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) lässt seinen Fachmann Nordheim und eine Expertengruppe der Weltnaturschutzunion bereits die global wichtigsten Bio-Schatzkammern der Weltmeere in Karten eintragen.

Doch mächtige Länder wie die USA und Japan stehen internationalen Schutzgebieten entgegen. Es bedürfte enormer Engagements der deutschen Delegation, um daran etwas zu ändern. Bisher macht Steinmeiers Außenamt aber nicht den Eindruck, als sehe es hier eine Priorität.

Druck von Merkel brauchte auch Agrarminister Horst Seehofer (CSU). Der ist zwar für die Fischerei zuständig und lässt am Dienstag in Wolgast symbolträchtig das neue Fischereischutzboot „Seefalke“ taufen, kümmert sich aber statt um das Meer viel lieber um weiß-blaue Machtspiele. „Deutschland muss bei den EU-Verhandlungen über die Fischfangquoten für das nächste Jahr ein Veto einlegen und dafür sorgen, dass nicht mehr gefischt wird, als Wissenschaftler empfehlen“, fordert Uwe Johannsen von der Naturschutzorganisation WWF.

„Bei den Fischerei- und Meeresverhandlungen in Brüssel hat sich Deutschland bisher bewusst zurückgehalten“, be-

richtet ein Insider der Verhandlungen vom Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES). Berlin habe sich mit der geringen Größe der deutschen Fischfangflotte herausgeredet und dem Raubbau an den Meeren wenig entgegengesetzt. „Die hatten Angst vor der Rache der großen Fischereinationen bei anderen Fragen.“

Zum Auftrag der ICES-Wissenschaftler gehört es, den EU-Staaten darzulegen, wie viel Fischfang die Bestände vertragen. Jedes Jahr beschließen die EU-Minister dann aber Quoten, die durchschnittlich um 20 und teilweise bis 40 Prozent über den Empfehlungen der Forscher liegen.

Damit sich die Fischbestände erholen können, müssten die Fangmengen von heute für bis zu zehn Jahre halbiert werden, sagen ICES-Experten. Der Chef der EU-Fischereiaufsichtsagentur im spanischen Vigo, Harm Koster, fordert, einen guten Teil der 90 000 Fischereiboote in der EU stillzulegen: „Nur ein Abbau der Überkapazitäten hilft wirklich.“

Wenn Merkel es ernst meint, dann legt sich also Seehofer in den kommenden Monaten in Brüssel quer.

Ein weiterer Glaubwürdigkeitstest steht der Kanzlerin an der deutschen Küste ins Haus. Deutschland ist Vorbild und Vorreiter darin, Meeresschutzgebiete auszuweisen. Rund 40 Prozent der deutschen Meeresfläche sind als Nationalpark, EU-Vogelschutzgebiet oder EU-Naturschutzgebiet geschützt oder offiziell angemeldet, vom Sylter Außenriff bis zur Pommerschen Bucht, während andere Staaten erst Mini-Flächen vorweisen können.

In der Praxis ist das bisher aber nicht viel wert. Von „Papierparks“ sprechen

Umweltorganisationen. Denn für viele Gebiete gibt es kaum Nutzungseinschränkungen, geschweige denn Kontrollen durch Ordnungshüter.

Beim praktischen Schutz der deutschen Meeresgebiete benötigt selbst Bundesumweltminister Gabriel Rückenwind. Einige Jahre Zeit werde es brauchen, um Managementpläne für die deutschen Schutzgebiete zu erstellen, heißt es in seinem Ressort. Dabei brauchte es schnelles Handeln gegen Schleppnetzfischerei und Stellnetze, legt der ICES-Rat in einem noch unveröffentlichten Gutachten nahe, um weitere Schäden an der Natur zu vermeiden.

Auch Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) müsste handeln. Gerade wird der Antrag einer norddeutschen Kiesfirma erwogen, im Sylter Außenriff, einem Schutzgebiet von europäischer Bedeutung, noch mehr Rohstoff vom Meeresgrund zu holen. Der Kies soll dann in die Benelux-Länder verkauft werden. Und warum nicht gleich dort den Kies abbauen? Die belgisch-niederländischen Kiesvorkommen lägen in Naturschutzgebieten, gibt die Firma als Begründung an.

Den direkten Draht der Kiesfirmen in Glos' Wirtschaftsministerium, von denen der WWF zu berichten weiß, müsste Merkel im Licht ihrer Strategie am Mittwoch kappen.

Die Kanzlerin könnte nicht zuletzt selbst mit gutem Beispiel vorangehen. „Nachhaltigen Konsum“ fordert sie in der Meeresstrategie von den Verbrauchern. Sie sollen auf Fisch verzichten, dessen Bestände überfischt sind oder der aus illegalem Fang stammt. Das ist wichtig, weil Deutschland über 80 Prozent des (1,2 Millionen Tonnen jährlich) konsumierten Fisches importiert, also weltweit die Nachfrage beeinflusst. Und jedes Jahr isst der Deutsche mehr Meeresgetier: 16,4 Kilogramm verbrauchte er in 2007, meldete vorige Woche das Hamburger Fisch-Informationszentrum.

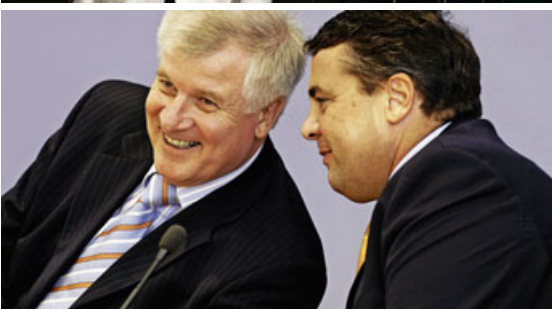
Einkaufsführer, die beim verantwortungsvollen Einkauf helfen, gibt es aber nicht von der Regierung, sondern von WWF und Greenpeace. Wenn Merkel wieder in ihrem Wahlkreis zum Fischessen gehen sollte, könnte sie so eine Fibel zücken.

Bei der Auswahl des Menüs wäre Nordheim ihr sicherlich gern behilflich. Die Insel Vilm, von der aus er die Schönheit und die Gefährdung des Meeres so gut im Blick hat, gehört nämlich zu Merkels Wahlkreis.

Die Kanzlerin würde auf jeden Fall auf die regionale Traditionsspeise Dorsch verzichten. Nach Angaben der EU-Fischereiaufsichtsagentur wird in der Ostsee regelmäßig bis zu 40 Prozent mehr Dorsch gefangen als erlaubt. „Für jeden Fisch, der auf den Teller kommt, gehen viele Jungtiere zuerst ins Netz und dann tot über Bord“, sagt Nordheim, „da läuft ein Wettrennen um das eigene Verderben.“



JENS KOEHLER / DDP

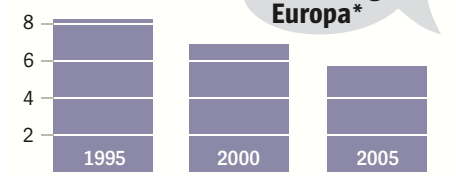


JOSE GIRIBAS / KENSTONE

Politiker Merkel, Seehofer, Gabriel  
Dem Raubbau wenig entgegengesetzt

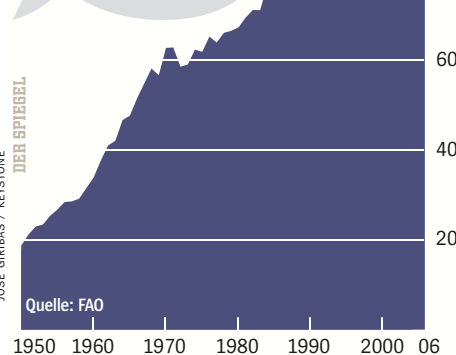
## Seenot

Fischerei-Ertrag  
in Millionen Tonnen



\* 27 EU-Staaten

## Fischfang weltweit



Quelle: FAO